



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

XI / 1

4. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
vom 12. bis 15. November 2017
in Bonn

B E R I C H T

über den
Stand der friedensethischen Diskussion
und
laufende Projekte der EKD

vorgelegt vom Rat der EKD

1. Die Bitte der Synode

Am 9. November 2016 fasste die Synode der EKD den folgenden Beschluss:

„Die Synode bittet den Rat der EKD, über den Stand der friedensethischen Diskussion und laufende Projekte der EKD bei der 4. Tagung der 12. Synode 2017 zu berichten.“

Der Rat der EKD nahm in seiner Sitzung am 19. Mai 2017 in Wittenberg den Bericht des Friedensbeauftragten entgegen und stellte die folgende Zusammenstellung beschlussmäßig fest.

2. Das Leitbild des Gerechten Friedens

Die Diskussionen zu friedensethischen Fragestellungen und die Projekte der Friedensarbeit im Raum der EKD sind dem Leitbild des „Gerechten Friedens“ verpflichtet, wie es in der Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) als einer „Summe“ evangelischer Friedensethik formuliert worden ist.

Das Leitbild des „Gerechten Friedens“ umfasst, sehr abkürzend ausgedrückt, folgende Elemente:

- a. Das Konzept des Rechtsfriedens, das Frieden an die Entwicklung und das Bestehen einer internationalen Rechtsordnung mit starken und funktionsfähigen Institutionen bindet. Dieses Konzept hat seine normativen Grundlagen in der Anerkennung der Menschenrechte. Militärische Gewalt ist grundsätzlich geächtet und als „rechtserhaltende Gewalt“ an strenge völkerrechtliche Regeln und Prozeduren gebunden, die in der Lage sein sollen, das Recht durchzusetzen. Es gilt die „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ (Friedensdenkschrift Ziff. 99);
- b. Einen mehrdimensionalen prozessualen Begriff des Friedens (Ziff. 78-84) als „gesellschaftlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit“ (Ziff. 80), der „auf die Vermeidung von Gewaltanwendung, die Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt sowie auf den Abbau von Not gerichtet“ (Ziff. 80) ist. Dieser weite, als Lebensform gefasste, Friedensbegriff ist verklammert mit menschenrechtlich basierten Konzepten von „menschlicher Sicherheit“ und „menschlicher Entwicklung“, mit denen auch Fragen internationaler Verteilungsgerechtigkeit angesprochen sind (Ziff. 91-94, Ziff. 184 ff., S. 116ff.);
- c. Mit diesen universalistischen politischen Konzepten ist verklammert eine eher narrative Fundierung des „Gerechten Friedens“ in biblischen Quellen, christlicher Tradition und in der Praxis gelebten Glaubens: „Weil Gott in Christus Frieden stiftet, können Christenmenschen inmitten einer von Gewalt entstellten Welt aus diesem Frieden leben.“ (Ziff. 39)

3. Kontexte der Friedensethik – neuere Entwicklungen im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik

Die internationalen Beziehungen sind in rapidem Wandel begriffen, damit verändern sich auch der Kontext und die Bezugsprobleme evangelischer Friedensethik. Das System westlicher Dominanz unter hegemonialer Führung der USA steht erheblich unter Druck. Unter höchst krisenhaften Begleiterscheinungen entsteht eine neue multipolare Weltordnung. Deutschland und Europa sind umgeben von kriegesischen Konflikten, die zu großen Flucht- und Migrationsbewegungen führen. Zerfallende Staaten und dysfunktionale Institutionen bieten politischem

Handeln kaum Ansatzpunkte (Problematik der „Fluchtursachenbekämpfung“). Wachsende ökonomische Ungleichheit zwischen reichen Nationen und globalem Süden wirkt ebenso konfliktverschärfend wie die Folgen des Klimawandels. Die Gefährdungen des Friedens sind kosmopolitisch, die Lösungsinstrumente partikular.

In Deutschland hat eine Neubesinnung auf Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im Gefolge der Rede des damaligen Bundespräsidenten Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 eingesetzt. „Deutschlands Rolle in der Welt“, so der Titel der Rede, steht in Frage. Auch die Kirchen ringen mit der Frage der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung. Sie sind wichtiger Gesprächspartner der Politik und einer der wenigen Akteure, die normative Fragen und politische Orientierung miteinander verbinden.

Das Afghanistanpapier der Kammer für Öffentliche Verantwortung von 2014 (EKD-Text 116) kam zu höchst skeptischen Bewertungen der militärischen Intervention, zeigte aber auch die offenen Fragen, die sich in der „Anwendung“ des Leitbildes des Gerechten Friedens auf konkrete Situationen ergeben. Die Arbeit an Stellungnahmen zu Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga (Sept 2014), zum Syrieneinsatz der Bundeswehr-Tornados (Dezember 2015) und zum neuen sicherheitspolitischen Weißbuch der Bundesregierung (Juli 2016) führten Leistungsfähigkeit und Grenzen des Leitbildes vor Augen.

Einige Ambivalenzen liegen denn auch offen zutage. Nur sehr skizzenhaft sollen hier genannt werden:

- Die Spannung zwischen dem ausgesprochen „deutschen“, auf „Recht“ und Institutionen fixierten Ansatz der Friedensdenkschrift und der mangelnden Funktionsfähigkeit internationaler Institutionen, die zu einer höchst eingeschränkten Rechtsbefolgung und Rechtsdurchsetzung führen.
- Die Erfahrung, dass das gewalteindämmende menschenrechtsbasierte Konzept der Responsibility to Protect für interventionistische und damit gewalteskalierende Politiken missbraucht werden kann.
- Die Einsicht, dass deutsche und europäische Politik nur im Bündnis handlungsfähig ist, die Bündnissolidarität aber in Mithaftung für Politiken führen kann, die die Rechtsbindung strapazieren (COIN-Strategie in Afghanistan, Drohnenkrieg).

Mehr und anderes ließe sich mühelos identifizieren.

Der Wiener Ethiker Ulrich Körtner konstatierte denn auch im Jahr 2015, dass die Friedensdenkschrift von 2007 und damit das Konzept des Gerechten Friedens „keine ausreichende Basis zu bieten (scheint), um zu einer klaren kirchlichen Position zu finden, die in der politischen Debatte über Deutschland aktuelle und künftige Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik eine substantielle Orientierungshilfe bieten könnte.“ (ZEE 59 [2015], S. 3-7, Zit. S. 7).

4. Evangelische Friedensethik weiterdenken – Friedensarbeit und Friedensethik im Raum der EKD

Die Friedensdenkschrift zog im Jahr 2007 die Summe eines Prozesses, der von den Debatten der 1950er Jahre um die Wiederbewaffnung und die Atomrüstung über die NATO-Nachrüstung bis hinein in das Jahrzehnt der Interventionen nach dem 11. September 2001 reicht. Der kategoriale Rahmen der Denkschrift war zweifellos noch inspiriert durch die bipolare Weltordnung

des Kalten Krieges, nahm aber auch die politische Lage der Jahre 2000 bis 2006 und neuere Versuche menschenrechtlich basierter Ordnungsstiftung (Responsibility to Protect 2005) in den Blick. Die Lage hat sich seitdem, wie oben beschrieben, noch einmal erheblich verändert.

In diese höchst komplexe Problemlage muss evangelische Friedensethik sachkundig hineinsprechen können. Auf der Ebene der Friedensarbeit im Raum der EKD geschieht dies gegenwärtig in drei Projektsträngen, die jeweils einen spezifischen Zugang zur friedensethischen Aufgabenstellung repräsentieren. Diese Zugänge sind als komplementär zu verstehen und dienen ihrer Aufgabe nur, wenn sie in ihrem inneren Zusammenhang wahrgenommen werden und gegeneinander durchlässig sind.

a. FEST-Projekt „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ (2016-2019)

An der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST, Heidelberg) hat im November 2016 ein Konsultationsprozess mit dem Titel „*Orientierungswissen zum gerechten Frieden – Im Spannungsfeld zwischen ziviler gewaltfreier Konfliktprävention und rechtserhaltender Gewalt*“ begonnen. In zwanzig interdisziplinären und ökumenischen Konsultationen – beteiligt sind Expertinnen und Experten aus Theologie, Sozialwissenschaft, Politikwissenschaft, Philosophie, Völkerrecht und Praktikerinnen und Praktiker aus Friedensdiensten und Militär – soll bis zum Sommer 2019 eine Bestandsaufnahme des friedensethischen Forschungsfeldes vorgenommen werden, die einer Rekonstruktion und ggf. Revision der Grundlagen evangelischer Friedensethik dienen soll. Die Konsultationen sind auf vier Arbeitsgruppen verteilt: 1. Ethische Grundsatzfragen; 2. Gerechter Friede und Gewalt; 3. Gerechter Friede durch Recht; 4. Gerechter Friede und politische Friedensaufgaben. Der erste von 20 geplanten Bänden einer friedensethischen Bibliothek wird im Vorfeld der EKD-Synode 2017 vorliegen. Der Zwischenstand des Projekts wird fortlaufend auf der Internetseite der FEST dokumentiert: <http://www.konsultationsprozess-gerechter-frieden.de/>

Ebenfalls im Rahmen der FEST wurde, mit wesentlichen Impulsen von Prof. Konrad Raiser, das Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa“ erarbeitet. Hier geht es darum, Sicherheit in Europa, vor allem im Blick auf das Verhältnis zu Russland, vom Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ zu verstehen und neue friedenspolitische Spielräume zu gewinnen.

b. EAD-Diskursprojekt „Dem Frieden in der Welt zu dienen“ (2012-2018)

Die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) führen seit dem Jahr 2012 (und noch bis 2018) das Diskursprojekt „*Dem Frieden in der Welt zu dienen...*“ durch. Ziele der in den verschiedenen Evangelischen Akademien durchgeführten Veranstaltungen sind „Evaluation, ethische Reflexion und Unterstützung der Policy-Entwicklung“. Die Policy-Orientierung dieses Projekts bedeutet, dass evangelische Friedensethik und das Leitbild des Gerechten Friedens in politische, militärische und – etwa im Falle von Fragen der Rüstungspolitik oder Waffenexporten – wirtschaftliche Kontexte hinein anschlussfähig formuliert werden müssen. Wichtiger Bestandteil des EAD-Projekts sind die sog. „Kamingespräche“, die als politische Hintergrundgespräche etwa zwei bis drei Mal im Jahr in kleinem Rahmen mit den im Bundestag vertretenen Parteien stattfinden. Es geht dort um Themen wie Rüstungsexporte, zivile Konfliktbearbeitung, Kohärenz verschiedener Papiere der Bundesregierung (Weißbuch, Leitlinien AA). Regelmäßig nehmen daran der Militärbischof und der Friedensbeauftragte teil.

Die normativen Prinzipien evangelischer Friedensethik bleiben im EAD-Projekt leitend, sollen aber so in den jeweiligen Diskurs eingebracht werden, dass sie sinnvolle Fragen, Debatten und Antworten in den sehr unterschiedlichen Grammatiken der beteiligten Felder ermöglichen.

c. EKD-Friedenskonsultation „Kirche des Gerechten Friedens werden – Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche aus dem Geist des Gerechten Friedens“

Erst im Gegenüber zu den beiden unverzichtbaren, grundlagenorientierten und policyorientierten, Diskursfäden evangelischer Friedensethik kann auch der im Jahr 2016 mit der Berliner Friedenskonsultation begonnene dritte Projektstrang sinnvoll beschrieben werden. Evangelische Friedensethik fragt auch nach sozialen Praktiken des Friedens und der Versöhnung, sie erkennt die Glaubensüberzeugungen und „geistlichen“ Praktiken als wesentliche Ressourcen des Politischen an, sie rechnet mit dem Wirken des Heiligen Geistes, mit der ermöglichenden, inspirierenden und orientierenden Kraft der biblischen Texte. Der „Ort“ der Friedensethik ist die soziale Wirklichkeit der Gemeinden, Gemeinschaften und Werke, dort muss sich ethische Reflexion bewähren, die immer aus einer schon vorausgesetzten Friedenspraxis entspringt. In diesen Kontext hinein sind dann auch die Anleitungen zur ethischen Urteilsbildung immer wieder zu transferieren und zu elementarisieren (Praxis-Theorie-Praxis Zusammenhang). Glaubensorientierungen, Spiritualität und religiöse Praktiken stehen damit für ein auch politisch hoch bedeutsames Potential lebensweltlicher Ressourcen, die „Konvivenz“ (Th. Sundermeier) ermöglichen: Zusammenleben in Frieden und Freiheit unter Anerkennung von Verschiedenheit.

Evangelische Friedensethik widmet sich auch der Frage, wie religiöse Überzeugungen und Praktiken in all ihrer Vielfalt konstruktiv eingefügt werden in die Aushandlungsprozesse einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Auf der Hand liegt es, dass diese Aufgabenstellung evangelischer Friedensethik ihre besondere Dringlichkeit gewinnt durch die gegenwärtigen Prozesse eines rasanten gesellschaftlichen Wandels. Mit der ethnischen und kulturellen Pluralisierung der deutschen Gesellschaft wandeln sich kulturelle Identitäten und Lebensformen. Damit wandelt sich wohl auch, in längerfristigen aber nachhaltigen Prozessen, das Institutionengefüge der freiheitlichen Demokratie. Zudem ist die Frage nach dem Ort der Religionen in Gewaltkonflikten neu auf die politische Agenda gekommen. Das Christentum in Europa hat erst im Laufe einer leidvollen Geschichte religiös zumindest mitbegründeter Kriege zu seiner Rolle als friedensstiftende Kraft gefunden. Eine Zeitlang schien es ein breiter Konsens zu sein, den Religionen eine positive Rolle bei der Förderung des Weltfriedens zuzuweisen. Durch die religiös unterlegten Kriege der letzten Jahre ist hier eine neue Debatte entstanden.

Entscheidende Impulse, den Wandel zu beschreiben und zu verstehen kommen aus der Ökumene: Kirchen, die Erfahrung mit gesellschaftlichen Transitions- und Versöhnungsprozessen haben, u.U. lange in Gewaltkonstellationen agieren müssen, teilen ihre geistlichen und politischen Ressourcen mit den deutschen Kirchen. Im Rahmen der Friedenskonsultation 2016 waren die Stimmen etwa aus Sri Lanka, Südafrika oder Korea ausgesprochen inspirierend und hilfreich.

Für die deutschen Partner war eine Lernerfahrung aus den ökumenischen Begegnungen besonders eindrücklich: Mit dem kulturellen und sozialen Wandel wird sich, so die Erwartung,

auch die Gestalt der Kirchen verändern, die, zumindest gilt dies für die deutschen Großkirchen, als bislang stabile und staatsnahe Institutionen ihren selbstverständlichen Ort im Institutionengefüge des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaats hatten. Gerade für die friedensethische Perspektivierung dieser konfliktträchtigen Prozesse gilt es, aufmerksam zu werden auf neue Konstellationen an der sozialen Basis: Herkömmliche institutionelle und organisatorische Formen von Kirche wandeln sich und es entstehen neue Vergemeinschaftungsformen, in denen Konvivenz alltagspraktisch geschieht – etwa im Bereich der Arbeit mit geflüchteten Menschen. In diesen Assoziationen und Netzwerken geschieht auch ein geistlicher Wandel, dem offene Räume für Exploration und Experiment zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese Wandlungsprozesse müssen dann auch theologisch beschrieben, pneumatologisch und ekklesiologisch reflektiert werden. Dieses ganze Feld ist ein genuiner Gegenstand evangelischer Friedensethik.

Auch im Raum der universitären Theologie gewinnt die Friedensfrage neue Aufmerksamkeit. Friedensethik gilt als ein Schlüssel für das künftige Zusammenleben in der globalisierten Welt und in immer heterogener und pluralistischer werdenden Gesellschaften. Exemplarisch soll hingewiesen werden auf das von Prof. Elisabeth Gräß-Schmidt am Institut für Ethik der Fakultät für Evangelische Theologie der Universität Tübingen durchgeführte Projekt „Du sollst nicht töten (lassen)? – Evangelische Friedensethik im 21. Jahrhundert“, wo eine Gruppe von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern an friedensethischen Fragestellungen arbeitet.

5. Landeskirchliche Prozesse „Kirche des Gerechten Friedens werden“

Im Oktober 2013 fasste die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden den Beschluss, das synodale Papier „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden“ zur weiteren intensiven und vertieften Auseinandersetzung mit friedensethischen Fragen zu empfehlen, um damit eine „Neuorientierung der Friedensethik“ einzuleiten. In diesem Beschluss wurde ausdrücklich angeregt, weitere Landeskirchen und auch die EKD zu einer neuen Diskussion um friedensethische Fragen zu veranlassen.

Die badische Initiative ist sehr deutlich durch pazifistische Impulse geprägt, speist diese aber ein in eine intensive Suche nach politisch verantworteten Konzepten und Antworten. Diese Initiative beeindruckt ebenso durch die Breite und Tiefe der Diskussionsprozesse, wie durch die Klarheit, in der der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit als Frage an die Gestalt der Kirche im Ganzen, nicht nur als politische Einzel- oder Detailfrage, gesehen wird. Die badische Kirche führte selbst unter Aufwendung erheblicher Ressourcen weitere Studienprozesse durch, etwa zur Frage nach der Leistungsfähigkeit von „Just Policing“, einem sicherheitspolitischen Konzept, das es ermöglichen soll, Militäreinsätze durch Polizeimandate zu ersetzen. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben das Friedensthema neu auf die Agenda gebracht, so dass mittlerweile eine größere Anzahl von Landeskirchen die Anregungen aus Baden aufgegriffen und eigenständige synodale Prozesse zu friedensethischen Fragen eingeleitet hat. Gegenwärtig sind, neben Baden, derartige Prozesse in der Nordkirche, in Oldenburg, in Hannover und in der Reformierten Kirche im Gange, in der EKBO und in Lippe beginnen Prozesse in Kürze. Vor diesem Hintergrund liegt auch eine Befassung der EKD-Synode nahe.

6. Ökumenische Impulse und Vernetzung: „Pilgrimage of Justice and Peace/Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“

Das Leitbild des „Gerechten Friedens“ verdankte sich seit den großen ökumenischen Versammlungen 1988/98 sehr wesentlich ökumenischen Impulsen. Die Trias von „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ wirkte auch auf die Konzeption der Friedensdenkschrift von 2007 ein. Der „Ecumenical Call to Just Peace“ (Ökumenischer Aufruf für einen Gerechten Frieden) des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen aus dem Jahr 2011 verwendet das „Just Peace“ (Gerechter Friede)-Konzept als ein „framework of analysis“ (analytisches Rahmenkonzept), das auch „criteria for action“ (Handlungskriterien) anbietet – und damit „a fundamental shift in ethical practice“ (eine grundlegende Verschiebung in der ethischen Praxis) umfasst. „Just Peace“ solle damit für einen „new ecumenical consensus on justice and peace“ (neuen ökumenischen Konsens über Frieden und Gerechtigkeit) stehen, bzw. diesen prozessual ermöglichen, insbesondere im Verhältnis zwischen globalem Süden und den Ländern des Nordens.

Die ÖRK-Vollversammlung in Busan nahm diesen „Call to Just Peace“ auf und erweiterte ihn zu einem noch deutlicher prozessualen Friedensverständnis, zu einer Einladung, an einer „Pilgrimage of Justice and Peace“ teilzunehmen. Im Zusammenhang mit der Pariser Weltklimakonferenz wurden hier intensiv Fragen der Klimagerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der ökologischen Transformation des westlich geprägten Wirtschaftsmodells aufgenommen. Dies macht deutlich, dass „Gerechter Friede“ nicht ausschließlich in – im engeren Sinne – politischen Kategorien beschrieben werden kann. Die ökumenische Vernetzung des Friedenszeugnisses im Raum der EKD wird ebenso wie die schöpfungstheologischen und wirtschaftsethischen Fragen viel intensiver als bislang bedacht werden müssen. Auch für diesen Prozess sind Fragen der Strukturen und Ressourcen zu beantworten.

7. Konsequenzen für Struktur und Finanzierung von Arbeitsprozessen evangelischer Friedensethik

Für die EKD wird es wichtig sein, über Konzepte und Strukturen nachzudenken, in denen die drei Dimensionen evangelischer Friedensethik nach 2018/19 weiterentwickelt und mit den landeskirchlichen Prozessen verknüpft werden können. Ethische Grundlagenfragen, Policyfragen und Fragen der gemeindebezogenen friedensethischen Perspektivierung von sozialem Wandel und Kirchenentwicklung werden unter Bedingungen sich weiter verschärfender Konflikte, innergesellschaftlich und im internationalen Feld, weiter an Bedeutung gewinnen. Die im Raum der EKD vorhandenen unterschiedlichen Akzente prophetischer und zeugnishaft ausgerichteter Rede sind auszubalancieren. Die EKD sollte den Friedensauftrag des Evangeliums und ihre Rolle als Friedensakteur auch im Blick auf ihre eigenen Strukturen schärfen. In Frage steht schließlich auch, ob und in welcher Weise die EKD sich auf einen Weg begeben wird, um selbst „Kirche des Gerechten Friedens“ zu werden.